

BULLETIN N°79 - Juni 2022

GRUßWORT DES VORSITZENDEN

Sehr geehrte Mitglieder,

Zunächst möchte ich Ihnen ganz herzlich dafür danken, dass Sie mich zum neuen Vorsitzenden des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments gewählt haben, und meine große Freude darüber zum Ausdruck bringen. Es ist zweifelsohne eine große Ehre, die Nachfolge meines Vorgängers Hans-Gert Pöttering anzutreten. Ihm möchte ich besondere Anerkennung aussprechen, da er dem Verein mit großem Engagement und auf visionäre Weise gedient hat.

Außerdem möchte ich allen meinen Kollegen danken, die an der Jahreshauptversammlung des VEM und an der Wahl des neuen Vorstands teilgenommen haben. Im Namen des gesamten Vorstandes möchte ich Ihnen meinen Dank für das in uns gesetzte Vertrauen aussprechen. Vor allem aber möchte ich dem scheidenden Vorstandsmitglied des VEM Brigitte Langenhangen dafür danken, dass sie einen Teil ihres Lebens der engagierten Arbeit für unseren Verein gewidmet hat, sodass er im Laufe der Jahre gewachsen ist. Nicht zuletzt möchte ich auch unseren ehemaligen Mitarbeiterinnen Lisseth Bravo und Valeh Nasiri, die in den letzten Jahren wesentlich zur Entwicklung des Vereins beigetragen haben, meinen herzlichen Dank aussprechen. Sie haben das Sekretariat verlassen, um ihre berufliche Laufbahn erfolgreich fortzusetzen – wir wünschen ihnen für die Zukunft alles Gute. Wir möchten an dieser Stelle Valerie Raskin herzlich willkommen heißen – sie hat im Februar ihre Tätigkeit für den VEM aufgenommen.

Ich freue mich bereits auf meinen künftigen Vorsitz im VEM, lassen Sie uns jedoch zunächst auf die Arbeit des Vereins der vergangenen Monate zurückblicken. Der Wirkungsbereich des VEM war bemerkenswert vielfältig.

In Bereich der Bildungsaktivitäten gelang es dem VEM allein in den letzten drei Monaten im Rahmen von 16 verschiedenen Programmen des Formats „EP to Campus“, mit mehreren internationalen Universitäten zusammenzuarbeiten. Daher möchte ich allen ehemaligen Mitgliedern, die sich als Gastredner beworben haben, meinen Dank aussprechen. Um den Inhalt dieser Programme zu veranschaulichen, haben zwei Mitglieder unseres Vereins einen Artikel über ihre Erfahrungen als Gastredner des Programms „EP to Campus“ verfasst.

Anlässlich des Europatags war unser Verein sehr aktiv. Die ehemaligen Vorsitzenden des VEM, Enrique Barón Crespo und José María Gil-Robles, sowie das ehemalige MdEP Ignasi Guardans Cambó nahmen an einem Rundtischgespräch teil, das vom Institut für europäische Studien der Universität Valladolid organisiert wurde. Ich möchte ihnen dafür danken, dass sie ihre Erkenntnisse in Bezug auf die aktuelle Fragestellung „die neue europäische Legitimität nach der Pandemie und dem Krieg in der Ukraine“ mitgeteilt haben. Darüber hinaus hielt Robert Evans am selben Tag einen Online-Vortrag im Rahmen des Programms „EP to Campus“ für die Caucasus University in Georgien über die Rolle und die Aufgaben des Parlaments.

Der VEM hat schon immer den politischen Dialog gefördert. Deshalb haben wir während des französischen EU-Ratsvorsitzes einen virtuellen Besuch in Frankreich organisiert. Eine Delegation von

VEM-Mitgliedern, die von meinem Vorgänger, dem Vorsitzenden Hans-Gert Pöttering, geleitet wurde, nahm an dem zweitägigen Programm teil, das auch eine öffentliche Debatte über die Zukunft Europas umfasste. Die folgenden Worte eines teilnehmenden Studenten veranschaulichen die Bedeutung, die diese Debatte für die jungen Menschen hat: „Da die Schüler und Studierenden unter der COVID-19-Pandemie stark gelitten haben, haben sie nun gesteigerte Erwartungen an die EU, und für den Aufbau eines Europas der Bürgerinnen und Bürger ist es von entscheidender Bedeutung, dass sie ihrer Stimme in den EU-Organen Gehör verleihen können.“

Der VEM hat sich nicht nur, wie oben dargelegt, für einen Dialog nach außen eingesetzt, sondern wir haben innerhalb des Vereins auch hart daran gearbeitet, wirkungsvolle Versammlungen zu organisieren und zur Debatte über die Zukunft Europas beizutragen. Wir hatten das Glück, zwei Librorum-Veranstaltungen ausrichten zu dürfen, die jeweils eine interessante Veröffentlichung des VEM zum Thema hatten. Zunächst präsentierte und erörterte der VEM ein Buch mit dem Titel „Overcoming the Pandemic“, in dem die Arbeiten der internationalen Konferenz zum Thema „How to Overcome the COVID-19 Pandemic and its Consequences“ (Überwindung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen) zusammengestellt und diskutiert werden und in dem gewichtige weibliche Perspektiven hervorgehoben werden. Außerdem haben wir gemeinsam mit dem Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments unsere Veröffentlichung mit dem Titel „Present Future of Europe“ vorgestellt und erörtert. Die Veröffentlichung enthält den Vorschlag des VEM für die Konferenz zur Zukunft Europas und die Ergebnisse der hochrangigen Konferenz „The Future of Europe starts Today“. Ich danke dem Europäischen Hochschulinstitut Florenz für die Ausrichtung dieser wichtigen Veranstaltung und dem Historischen Archiv der Europäischen Union für die gemeinsame Organisation beider Konferenzen und die Unterstützung beider Veröffentlichungen.

Darüber hinaus danke ich Ihnen für die hervorragende Beteiligung an unserer jährlichen Gedenkfeier für die verstorbenen ehemaligen MdEP, darunter die geschätzten und beliebten ehemaligen Parlamentspräsidenten David Sassoli und Lord Henry Plumb. Mit besonderer Dankbarkeit gedachten wir Lord Henry Plumb, dem Gründungsmitglied und Ehrenvorsitzenden unseres Vereins. Ebenso möchte ich Ihnen ganz herzlich für Ihre Teilnahme an dem Abendessen mit Diskussion danken, bei dem wir nach zweieinhalb Jahren notwendiger, aber schwieriger COVID-Beschränkungen zum ersten Mal wieder zusammenkamen.

Die Juni-Sonderausgabe des Bulletins ist dem Thema Energie gewidmet. Energie ist ohne Zweifel ein äußerst wichtiges Thema, das sich wiederholt als Dreh- und Angelpunkt für die Entwicklung eines gerechteren und nachhaltigeren Europas erwiesen hat. In der Tat hat der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine gezeigt, dass dringend überdacht werden muss, woher wir unsere Energie beziehen. Daher möchte ich unseren ehemaligen MdEP dafür danken, dass sie in ihren Beiträgen zu dieser Ausgabe einige der dringlichsten Fragen im Zusammenhang mit dem Thema Energie beleuchtet haben.

Abschließend möchte ich allen Mitgliedern meine Anerkennung dafür aussprechen, dass sie zum Erfolg der Tätigkeiten des VEM im Allgemeinen beigetragen haben. Ich freue mich darauf, möglichst viele von Ihnen bei den kommenden Veranstaltungen begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Hänsch, Vorsitzender des VEM

PROGRAMM EP TO CAMPUS

AUSTRALISCHE WAFFENAFFÄRE – Universität von Illinois, Urbana-Champaign

Die Vorlesung an der Universität von Illinois in Urbana-Champaign (USA) fand als Online-Diskussion unter der Leitung von Dr. Xinyuan Dai, Professor für Politikwissenschaften an der Universität von Illinois, Urbana-Champaign, und unter Beteiligung von Dr. Edward Kolodziej, emeritierter Professor für Politikwissenschaften, Jin Seog Kim vom südkoreanischen Verteidigungsministerium und Dr. Margarita Starkevičiūtė, Mitglied des VEM und Hauptrednerin, statt. So konnten die Studierenden verschiedene Meinungen zum Thema „Die australische Waffenaffäre: Bewertung der Wettbewerbsfolgen in Asien für die Beziehungen zwischen den USA und Europa“ anhören. Die Handelspolitik der EU in Asien war in den USA nicht gerade bekannt, was sich an den Fragen der Teilnehmenden erkennen ließ.

Als das Vereinigte Königreich noch Mitglied in der EU war, pflegten überwiegend britische MdEP parlamentarische Beziehungen mit Australien und Neuseeland. Dies war eine natürliche Entscheidung, da Großbritannien und Australien als Mitglieder des Commonwealth eine enge historische Beziehung haben. Britische Politikerinnen und Politiker haben auch großes Interesse an der Region gezeigt. Frankreich hingegen hat seit langem engere Beziehungen zu Afrika.

Der Brexit hatte erhebliche Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der EU und Australien: Alle britischen MdEP sind aus dem Europäischen Parlament ausgeschieden, und die EU hat zahlreiche Kontakte verloren. Ihre Stellung in der Region wurde geschwächt. Da die Ansprechpartnerinnen und -partner von der EU zum transatlantischen angelsächsischen Bündnis übergetreten waren, wurde der Waffenhandel von Frankreich in die USA verlagert. Australien kann auf eine Geschichte starker finanzieller, wirtschaftlicher und auf die Verteidigung bezogener Beziehungen zu den USA zurückblicken. Der Außenhandel wird hier in US-Dollar abgewickelt.

Es herrscht ein gewisses Missverständnis in Bezug auf das Investitionsabkommen zwischen der EU und China. Dieses wurde im Dezember 2020 unterzeichnet, trat jedoch nicht in Kraft, da es noch nicht vom Europäischen Parlament gebilligt wurde, während es in den USA bereits ein geltendes Abkommen ist. Das umfassende Investitionsabkommen wurde im Grunde zwischen der EU und China getroffen und aufgrund der Sanktionen, die China gegen einige EU-Unternehmen und MdEP verhängt hatte, „entsprechend auf Eis gelegt“. Sobald und falls es in Kraft tritt, entstehen dadurch mehr Chancen für Unionsunternehmen, in die chinesische Industrie zu investieren, womit für gleiche Wettbewerbsbedingungen gesorgt wäre.

Bei der Podiumsdiskussion ging es auch um die China-Politik in der Region Asien. Es wurde festgestellt, dass sich die China-Strategie in erster Linie auf Maßnahmen zur Steigerung des politischen Einflusses in den Nachbarländern konzentriert, indem bei Wahlen pro-chinesische Kandidatinnen und Kandidaten unterstützt werden. Russland verfolgt in den Ländern, die es für interessant hält, eine ähnliche Strategie. Ob dies nachhaltig ist, ist schwer zu sagen, da die Bevölkerung normalerweise gegen Länder ist, die demokratische Freiheiten beschneiden, weshalb Kandidatinnen und Kandidaten, die China oder Russland vertreten, keine öffentliche Unterstützung erhalten.

Erst kürzlich unterzeichnete Australien gemeinsam mit zehn weiteren Ländern des Pazifikraums die umfassende und fortschrittliche Vereinbarung über eine transpazifische Partnerschaft. Das noch im Entstehen befindliche EU-Handelsabkommen mit Australien soll europäischen Unternehmen, die nach

Australien exportieren oder dort geschäftlich tätig sind, bei ihren Aktivitäten gleiche Wettbewerbsbedingungen mit Unternehmen aus Ländern ermöglichen, die Mitunterzeichner der Transpazifischen Partnerschaft sind oder andere Handelsabkommen mit Australien geschlossen haben.

Die EU hat Handelsabkommen mit Japan, Vietnam, Südkorea, Singapur und den pazifischen Inseln geschlossen und setzt die Verhandlungen mit den übrigen Ländern der Region fort.

Margarita Starkevičiūtė, Litauen, ALDE (2004–2009)

SPRACHLICHE UND KULTURELLE VIELFALT IN EUROPA. Vortrag für die Staatliche Universität Riwne, Kiew (Ukraine)

Ich habe mich gefreut, im Dezember 2021 als ehemaliges Mitglied des Kulturausschusses des Europäischen Parlaments (1994–2004) vor Studenten der Staatlichen Universität Riwne in der Ukraine meine Gedanken zur sprachlichen und kulturellen Vielfalt in Europa vortragen zu dürfen.

Damals wie auch jetzt im Januar 2022 ist die Bedrohung der Ukraine durch Russland sehr real. Ich hoffe und vertraue darauf, dass eine friedliche Lösung für diese Probleme gefunden wird, aber leider gibt es keine Garantie dafür.

Was ich aus der Fragerunde mit den jungen Studierenden und ihren Professoren mitgenommen habe, ist, dass die Ukrainer – wie die überwältigende Mehrheit der Menschen in Europa – sich nichts sehnlicher wünschen als Frieden und Wohlstand. Ich bewundere ihre stoische Gelassenheit und ihre Bereitschaft, ihre akademische Arbeit angesichts der sehr realen Bedrohung fortzusetzen, denen ihr Land ausgesetzt ist.

Mein besonderes Interesse an der Ukraine geht auf die Zeit meiner ersten Tätigkeit für den Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments zurück. Im Dezember 2004 war ich mit einer Delegation von ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und US-Kongressabgeordneten als Wahlbeobachter in der Ukraine. Es war kurz nach – oder vielleicht sogar noch während – der „Orangen Revolution“. Es war schon ein Erlebnis mitanzusehen, wie Studenten im Zentrum von Kiew einen Sitzstreik veranstalteten und von Soldaten umstellt wurden, nachdem ein Giftanschlag auf einen Präsidentschaftskandidaten verübt worden war. Unsere Delegation befand die Stichwahl für fair und ordnungsgemäß. Juschtschenko (der „orange“ bzw. demokratische Kandidat) wurde mit 52 % zu 44 % zum Sieger gegen Janukowytsch, den von Russland unterstützten ehemaligen Präsidenten, erklärt.

In der Ukraine gibt es, wie in den meisten europäischen Ländern, verschiedene Sprachgemeinschaften, und es besteht kein Zweifel daran, dass die russischsprachige Minderheit im Osten mehrheitlich Janukowytsch unterstützt hat. Glücklicherweise kann sich ein Land, in dem unterschiedliche Meinungen frei geäußert werden und in dem es bei den Wahlen um politische und wirtschaftliche statt um sprachliche oder ethnische Fragen geht. Die Ukraine ist sicherlich nicht das einzige Land in Europa, in dem sprachliche Unterschiede nach wie vor eine große Rolle spielen.

Belgien ist ein mehrsprachiges Land, wie es im Buche steht. Ich erinnere mich noch daran, dass selbst in Frankreich meine Deutschkenntnisse aus der Schulzeit in Straßburger Restaurants manchmal genauso nützlich waren wie mein nur wenig besseres Französisch. Aus meiner Arbeit mit dem

Gemischten Ausschuss in der Slowakei weiß ich, dass die ungarischsprachige Minderheit in diesem Land nicht unbedeutend ist. Bei meinen Aufenthalten in Finnland war ich immer erstaunt, die Verkehrsschilder selbst in Helsinki in zwei Sprachen angebracht waren, obwohl es in dem Land nur eine recht kleine schwedischsprachige Minderheit gibt. Im Vereinigten Königreich bewundere ich die tapferen Bemühungen der kleinen walisischsprachigen Minderheit, ihre Sprache in Wales am Leben zu erhalten, aber ich schätze die politische Bedeutung der walisischen Sprache im Vereinigten Königreich ganz anders ein als die politische Bedeutung der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine.

Die Botschaft, die ich hoffentlich bei den ukrainischen Studenten hinterlassen habe, ist, dass es wichtig ist, sprachliche Unterschiede zu respektieren. Abschließend habe ich von einer Begebenheit erzählt, die mir aus der Zeit des Beitritts Estlands zur EU in Erinnerung geblieben ist. Ich sprach damals mit einem estnischen Abgeordneten. Er sagte mir, dass es für ihn wichtig sei, dass Estnisch eine Amtssprache der EU werde. Als unwissender (und arroganter?) und gedankenloser Engländer fragte ich, ob das vertretbar sei, da Estland ein so kleines Land sei. Seine Antwort habe ich nie vergessen. Er sagte, Estland habe in seiner Geschichte unter der Herrschaft von Deutschrittern, Schweden, Dänen und Russen gestanden, aber eines habe seine nationale Identität lebendig gehalten – die estnische Sprache. Jetzt, wo die Esten frei und unabhängig seien – vielleicht erst zum zweiten Mal in ihrer Geschichte –, könnten sie ihre Sprache nicht aufgeben. Sie sei ihre Seele. Er hatte recht, und ich hatte unrecht. Die sprachliche Vielfalt ist wichtig und muss respektiert werden. *Vive la difference!*

Roy Perry, Vereinigtes Königreich, EVP (1999–2004)

DIE ROLLE DES PARLAMENTS BEI DER INTERESSENVERTRETUNG IN UMWELTFRAGEN

Die Diskussion wurde zu einer Fallstudie über die europäische Entscheidungsfindung (mit Schwerpunkt auf dem Europäischen Parlament) im Bereich Klimaschutz und Verkehr mit der Universität von Illinois und der Teilnahme einer Gruppe österreichischer Studenten durchgeführt.

Das Diskussionsformat war online und wir hatten bereits im Vorfeld ein nettes Online-Meeting, um die Details vorzubereiten und etwas über den Hintergrund der Studenten und ihre Interessen zu erfahren. Jonathan Larson von der University of Illinois erzählte mir auch von seiner Zusammenarbeit mit Gerd Valchers von der Universität Wien, der ebenfalls mit einigen österreichischen Studierenden teilnahm. Wir hatten also wirklich einen transatlantischen Austausch!

Anschließend gab es eine lebhafte Diskussion über das Thema mit interessanten Fragen und Beiträgen der Studenten. Nach einer kurzen Präsentation über die Auswirkungen der Verkehrspolitik auf die CO₂-Emissionen und das Klima diskutierten wir über die unterschiedliche Situation in den USA und in Europa, über mögliche Maßnahmen und über die Vor- und Nachteile, die von verschiedenen Interessengruppen in die Debatte eingebracht wurden. Im Mittelpunkt standen die verkehrspolitischen Initiativen des Europäischen Parlaments im Rahmen der von den europäischen Institutionen beschlossenen allgemeinen Klimapolitik, insbesondere das "Fit for 55"-Paket als Teil des Green Deal. Da die Verkehrsemissionen in einigen Sektoren immer noch steigende Raten aufweisen, sind Maßnahmen in diesem Bereich von größter Bedeutung - und deshalb habe ich den Verkehr als Beispiel gewählt, um die Schwierigkeiten eines gerechten Übergangs zu einer klimafreundlichen Politik zu veranschaulichen. Und Verkehr ist ja bekanntlich ein hoch emotionales Thema, zumal uns die

Pandemie die Anfälligkeit globaler Lieferketten und unsere Abhängigkeit von klimaschädlichen Verkehrsträgern vor Augen geführt hat.

Die Zeit verging wie im Flug bei diesem intensiven Austausch, und wir hätten noch eine Stunde weitermachen können. Ich habe mich gefreut, einen kurzen Einblick in die Arbeitsweise des Europäischen Parlaments geben zu können und hoffe, dass ich meine Erfahrungen mit den Schülern teilen konnte und sie motiviert habe, sich noch mehr mit europäischer Politik zu beschäftigen. Die Organisation des Treffens war perfekt - meinen Dank an alle, die dazu beigetragen haben!

Eva Lichtenberger

BESUCH IM RAHMEN DER EU-PRÄSIDENTSCHAFT

UKRAINE: DIE GROSSE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE FREIEN VÖLKER

Die Aggression Putins und des russischen Heers gegenüber der Ukraine ist ein Angriff auf ganz Europa, seine Werte, seine Interessen und seine Fähigkeit, die Demokratie herrschen zu lassen und mit ihr die Rechtsstaatlichkeit, die Freiheit, die Wirtschaftsinitiative und die gesellschaftliche Solidarität. Nun hat Putin bei seinem unüberlegten Angriff auf die Ukraine einen schweren Diagnosefehler gemacht: Trotz seines unzulänglichen Zusammenhalts ist Europa nicht der politische Leichnam, den er vor Augen hatte.

Tatsächlich ist zwischen den Völkern Europas untereinander wie auch zwischen ihnen und den Menschen in Amerika etwas Wichtiges und sogar Historisches geschehen: Wir wurden Zeugen des zweifachen Wiedererwachens der Solidarität und der Mobilisierung. Dieses zweifache Wiedererwachen muss uns dazu veranlassen, die transatlantischen Beziehungen noch einmal enger zu knüpfen und einen „Quantensprung“, wie wir früher zu sagen pflegten, der Europäischen Union auf dem Weg zu geopolitischen Verantwortlichkeiten hinzulegen. Und genau so lautet auch Emmanuel Macrons Forderung im Rahmen des französischen Ratsvorsitzes: Wir sollen diese zweifache Herausforderung annehmen.

Frage von Jean-Pierre Audy: *Wie stehen Sie zu der Idee eines Selbstbestimmungsreferendums für Georgien, die Krim und die Ostukraine?*

Antwort: Die Idee ist sehr gut, sofern sie unter guten Bedingungen umgesetzt wird, was die demokratische Transparenz angeht.

Frage von Michael Hindley: *War es naiv von der EU, zu glauben, dass die Ukraine in die EU „geworfen“ werden könnte, ohne Rücksicht auf die Empfindlichkeiten Russlands zu nehmen?*

Antwort: Da haben wir eine gut gedachte Maßnahme schlecht umgesetzt. Das ursprüngliche Konzept war gut: Die Ukraine zu einem gemeinsamen Nachbarland der EU und der Russischen Föderation zu machen. Leider haben wir diese Idee den Russen schlecht verkauft, und sie fühlten sich an den Rand gedrängt. Nun war aber Putins fester Glaube bereits in Stein gemeißelt. Da hätten wir die besten Diplomaten der Welt sein können, wir hätten nichts daran geändert. Er wollte die Folgen des Untergangs des sowjetischen Reiches auslöschen, und wir hatten keinen Grund, das zuzulassen. Das

Ende der Sowjetunion war keine „Katastrophe“, sondern eine Wohltat, eine Errungenschaft, und die Freunde der Freiheit hatten keinen Grund, darauf zu verzichten.

Frage von Jan Mulder: *Wie sind die Verteidigung Europas und die Zusammenarbeit in der EU kurzfristig und anschließend auf lange Sicht zu sehen?*

Antwort: Die NATO ist dank Putin aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht. Nun gilt es, sie auf Schweden und Finnland auszuweiten – wenn diese beiden Länder das wollen –, ihre Verankerung im Euro-Atlantischen Raum zu bekräftigen und die Mittel der Menschen in Europa ebenso zu verstärken wie ihre strategische Autonomie. In diesem Sinne müssen wir das Gipfeltreffen in Madrid Ende Juni zu einem Erfolg machen.

Frage von Präsident Hans-Gert Pöttering: *Wie verändert Putins Krieg gegen die Ukraine den Wahlkampf zur Präsidentschaftswahl in Frankreich?*

Antwort: Der Krieg in der Ukraine hat den Multilateralismus und die Solidarität zwischen den freien Völkern zu zentralen Gedanken des Wahlkampfes gemacht. Er lässt uns über die notwendige Anpassung der NATO und die Verstärkung des geeinten Europas nachdenken, aber auch über die Bekräftigung einer Wirtschaftspolitik, in der die Notwendigkeit der technologischen Macht und der gesellschaftlichen Solidarität ihren gerechten Raum erhält. Eben diese Themen verfechten Emmanuel Macron und die Parteien seiner Mehrheit gegenüber Marine Le Pen. Die verschiedenen Strömungen von Empfindlichkeiten der rechten Parteien, des Zentrums und der linken Parteien haben jedoch eines gemeinsam, nämlich diese Überzeugungen. Und deshalb haben sie sich am 24. April durchgesetzt.

DAS JEAN-MONNET-HAUS, EIN TREFFPUNKT FÜR DIE NEUE DEMOKRATISCHE GENERATION EUROPAS

Am 1. März 2022 veranstaltete der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) in enger Zusammenarbeit mit dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments (EPLO) in Paris und mit der Dienststelle des Jean-Monnet-Hauses (GD COMM) im Rahmen des französischen EU-Ratsvorsitzes einen „virtuellen Frankreichbesuch“. Diese Veranstaltung, die ursprünglich in Paris und Bazoches-sur-Guyonne vor Ort stattfinden sollte, wurde wegen der anhaltenden Coronavirus-Pandemie in eine virtuelle Debatte umgewandelt.

Dabei ging es natürlich darum, die aktuellen Themen des französischen Ratsvorsitzes sowie die Beiträge der Bürgerinnen und Bürger auf der Konferenz zur Zukunft Europas zu erörtern. Im Einvernehmen mit dem Generalsekretariat des VEM haben wir mit mehreren Organisationen der Zivilgesellschaft und französischen Denkfabriken Kontakt aufgenommen, die sofort mit Freude ihre Teilnahme an den Debatten zugesagt haben. Dabei handelte es sich um die Organisation „Confrontations Europe“, das Europahaus in Paris, das Institut „Jacques Delors Notre Europe“ und die Robert-Schuman-Stiftung. Außerdem nahmen Jugendliche und Studenten mehrerer Universitäten, darunter das „Institut d'études politiques“ (IEP) in Aix-en-Provence sowie die Universität Versailles-Saint-Quentin-en-Yvelines daran teil. Auf der Grundlage eines Diskussionspapiers, das der VEM anlässlich der Konferenz zur Zukunft Europas ausgearbeitet hatte, ermöglichte es der Meinungs-austausch den überwiegend jungen Menschen, die ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments direkt zu befragen und deren Ansichten zu aktuellen Themen einzuholen. Dabei stellten

sie folgende Fragen: Wie kann man auf die Euroskepsis reagieren? Wie ist es um die gemeinsame Außenpolitik der EU bestellt? Wie gestaltet sich das Europa der Verteidigung und wie sollte die Gesundheitspolitik der EU aussehen?

Es sei daran erinnert, dass im Jean-Monnet-Haus am 30. Januar 2020 eine Sitzung der Präsidenten der drei EU-Organe – David Maria Sassoli vom Europäischen Parlament, Ursula von der Leyen von der Europäischen Kommission und Charles Michel vom Rat – am Vorabend ihrer Erklärung zum Brexit und der Eröffnung der Konferenz zur Zukunft Europas stattfand. Leider war es wegen der Pandemie nicht möglich, alle ursprünglich geplanten Diskussionsveranstaltungen im Jean-Monnet-Haus im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas durchzuführen, aber die Wiederaufnahme der Präsenzveranstaltungen ab dem 15. März dieses Jahres hat diesen Bemühungen neue Impulse verliehen. Die Rückkehr zahlreicher Schülergruppen sowie die Organisation akademischer und zivilgesellschaftlicher Debatten haben einen Beitrag zu den Überlegungen über die Demokratie auf unserem Kontinent und zu deren Förderung und Verteidigung geleistet.

Der derzeitige Krieg in der Ukraine erinnert uns nachdrücklich daran, welche wichtige Rolle die Tagungen des Programms „Jean-Monnet-Dialog“ in den vergangenen Jahren gespielt haben, indem den politischen Parteien der Ukraine unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Pat Cox, die Möglichkeit gegeben wurde, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen. Obwohl diese Gruppen in der Politik häufig konträre Standpunkte einnehmen, musste man tragischerweise am Ende feststellen, dass sich als größte Bedrohung für das Land ein von außen gerichteter Angriff erwiesen hat, dem sich die ukrainische Bevölkerung nun geeint und mit Entschiedenheit widersetzt. Die Teams des Jean-Monnet-Hauses konnten insbesondere durch ihren regelmäßigen Austausch mit Delegationen des Programms EUVP, die die „Wiege Europas“ besuchen, auch das Interesse von Teilnehmern aus Drittländern an der Übernahme des Formats des „Jean-Monnet-Dialogs“ in ihrem eigenen nationalen Kontext wecken, der auf Mediation ausgerichtet ist.

Die Beherbergungseinrichtung des Jean-Monnet-Hauses mit einer Kapazität von 32 Zimmern, die seit dem 1. April zur Verfügung steht, ermöglicht es nun, das Potenzial des Empfangs von Gruppen mit europäischem Interesse voll auszuschöpfen, die sich dorthin begeben, um sich mittels eines Gedankenaustauschs aktiv am Aufbau einer besseren gemeinsamen Zukunft zu beteiligen.

Martí Grau, Konservator des Jean-Monnet-Hauses (Europäisches Parlament)

MÖGE JEDES JAHR DAS JAHR DER JUGEND SEIN

Am 1. März hatten wir im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas die Freude und Ehre, uns mit Mitgliedern des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) auszutauschen. Wir haben uns über diese Einladung gefreut, die im Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr der Jugend steht. Da die Schüler und Studenten unter der Gesundheitskrise stark gelitten haben und ihre Erwartungen an die EU gestiegen sind, geht diese Aktion, bei der die der Jugend in den EU-Organen ihre Stimme zu Gehör bringen kann, mit dem Aufbau eines Europas der Bürgerinnen und Bürger einher. Bei diesem Meinungsaustausch haben wir viele Themen angesprochen, wie die Cybersicherheit oder die EU-Vorschriften für ausländische Unternehmen in einer Zeit, in der die Welt durch die Globalisierung immer unsicherer wird.

Daher schlossen wir uns angesichts des Überfalls Russlands auf die Ukraine und des Beitrittsgesuchs der Balkanländer in einer intensiven, aber besonnenen Debatte am Ende den Vorschlägen des VEM für ein schlüssiges europäisches Aufbauwerk an. Nach den aufeinanderfolgenden Erweiterungen steht die Europäische Union vor dem Dilemma, ob sie neue Staaten aufnehmen oder besser eine EU der 27 Mitgliedstaaten stärken soll. Dabei wurden insbesondere Fragen zum Vorrang des nationalen Rechts aufgeworfen. In der Tat gibt es nach wie vor Differenzen zwischen jenen, die eine stärkere europäische Integration fordern, und anderen, die auf der nationalen Souveränität bestehen, was im Widerspruch zum gemeinsamen Aufbauwerk steht, und hier muss dringend etwas getan werden.

Hinzu kommt, dass die EU immer wieder in eine institutionelle und politische Sackgasse gerät, wenn über Sanktionen abgestimmt wird oder diese umgesetzt werden sollen. Dies war beispielsweise bei Polen und der Missachtung des Vorrangs des EU-Rechts der Fall. Für Wirtschaftssanktionen in Zeiten zunehmenden Populismus und sozialer und die öffentliche Gesundheit betreffender Krisen einzutreten, erfordert unsere Kreativität und gemeinsame Überlegungen, wie diese Sanktionen glaubwürdig unterstützt werden können, ohne dass dadurch der Zusammenhalt beeinträchtigt wird.

Wir hatten auch die Gelegenheit, unser Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa beim Thema der Staatsbürgerschaft zum Ausdruck zu bringen. Während die europäischen Demokratien per Definition Gemeinwesen sind, in denen die Macht jeweils vom Volke ausgeht, sind sie paradoxerweise gleichzeitig für Rückschritte beim Integrationsprozess verantwortlich, da das Zugehörigkeitsgefühl dort schwindet. Wir glauben, dass es hier darum geht, daran zu erinnern und zu zeigen, wie sehr die EU unseren Alltag prägt. Um dies zu erreichen, könnte neben neuen Wegen, wie zur Teilhabe angeregt werden kann, auch überlegt werden, die Rolle der Medien aufzuwerten.

Schließlich kennen junge Menschen zwar häufig die Geschichte des europäischen Aufbauwerks, sind sich aber nicht immer seiner wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung bewusst. Von der Ernährung über den Umweltschutz bis hin zur universitären Ausbildung und der Förderung der Mobilität von Studenten sind alle Teile unseres gegenwärtigen und künftigen Lebens eng mit der EU verknüpft. Gleichzeitig haben die fehlende Bürgernähe der Volksvertreter und die Komplexität der EU-Organe bisweilen zur Folge, dass die dort ablaufenden Prozesse schwer durchschaubar sind oder gar ein gewisses Misstrauen wecken. Um gegen dieses Demokratiedefizit etwas zu unternehmen, haben wir unsere Überzeugung bekräftigt, dass die Europäische Union einfacher und transparenter gestaltet werden sollte. Mit dem Petitions- und Initiativrecht und auch durch das Treffen mit dem VEM am 1. März ist es möglich, junge Bürgerinnen und Bürger, die schon heute Verantwortung tragen oder dies morgen tun werden, zu sensibilisieren und zu mobilisieren.

Die Europäische Union mag an einem schwindenden Vertrauen in ihre Institutionen und ihre Effizienz leiden, aber sie verfügt auch über die notwendigen Mittel, um darauf reagieren zu können. Dieses Jahr, das im Zeichen der Jugend steht, bietet Anlass zur Hoffnung, dass das Bewusstsein für die Gestaltung des Europas von morgen geschärft werden kann.

Daring Alicia Ambert, *Student at University of Paris-Panthéon-Assas*

César Rivera, *Student at University of Aix-Marseille*

EUROPA-TAG

RUNDER TISCH AN DER UNIVERSITÄT VON VALLADOLID

Im Jahr 1212 wurde in der Stadt Palencia im Herzen des Königreichs Kastilien, das später zu Spanien werden sollte, die erste Hochschule des Landes gegründet. Das sogenannte „Studium Generale“ wurde später von dort nach Valladolid verlegt und 1241 in eine Universität umgewandelt. Aufgrund dieser Historie streitet sich die Universität Valladolid schon seit Jahrhunderten mit Salamanca darum, welche die älteste Universität Spaniens ist.

All diese und viele weitere interessante Informationen erfuhren wir von unseren Gastgebern auf dem kleinen Spaziergang vor der Podiumsdiskussion, die anlässlich des Europatags am 6. Mai vom Institut für europäische Studien dieser Universität veranstaltet wurde.

„70 Jahre Europäische Union – gelernte Lektionen“ lautete der feierliche Titel auf dem Einladungsschreiben. Im Programm waren zwei ehemalige Parlamentspräsidenten – José María Gil-Robles und Enrique Barón Crespo – verzeichnet, die zusammen mit mir eingeladen wurden, über die Gegenwart und Zukunft mit einem Blick auf die Vergangenheit zu diskutieren. Das Ganze fand in einem feierlichen Rahmen in einem altherwürdigen Saal im ersten Stock des Hauptgebäudes statt.

Nach den üblichen einführenden Worten eröffnete Enrique Barón Crespo in dem gut gefüllten Saal das Kolloquium. Er brachte uns seine persönlichen Erfahrungen mit der europäischen Politik und den Wandlungsprozess nahe, den er jahrelang hautnah mitverfolgt hatte. Es ist wahrscheinlich seine Erinnerung an den Fall der Berliner Mauer, wie er ihn erlebt hat, die vielen der zahlreichen Anwesenden am meisten im Gedächtnis haften bleiben wird.

José María Gil-Robles wurde aus der Ferne zugeschaltet, und die Videoaufnahme von ihm wurde auf eine riesige Leinwand projiziert. Die technischen Probleme mit dem Ton, wodurch sich sein Auftritt anfangs verzögerte, nahm er zum Anlass, eine sehr passende Analogie zu den Schwierigkeiten herzustellen, das europäische Aufbauwerk den EU-Bürgern nahezubringen. In seiner anschließenden Rede war dem ehemaligen Präsidenten anzumerken, dass ihn das Wiederaufflammen eines Krieges in Europa sichtlich erschüttert hat. Ich würde seine Rede aber nicht als pessimistisch bezeichnen, denn er hat seiner festen Überzeugung Ausdruck verliehen, dass der aggressive russische Neoimperialismus nicht als Sieger aus dem Konflikt hervorgehen wird. Auf jeden Fall war aus seinen Ausführungen aber seine Sorge zu spüren, die sich auf seine Lebenserfahrungen gründet.

Ich wiederum habe angesichts der gegenwärtigen Lage auf die historische Rede des deutschen Bundeskanzler Scholz verwiesen, der am 27. Februar von einer neuen „Zeitenwende“ gesprochen hat, denn wir erleben derzeit tatsächlich einen Epochenwechsel, der die Zukunft des Kontinents und seines politischen Aufbauwerks fortan prägen wird. Es handelt sich um einen Wendepunkt in der europäischen Geschichte, und 2022 wird man wahrscheinlich künftig in einem Atemzug mit anderen schicksalsträchtigen Jahreszahlen nennen, die von Historikern angeführt werden, um unsere kollektive politische Geschichte verständlich zu machen, wie etwa 1989, 1945, 1939, 1918, 1914, 1871 und so weiter und so fort. Diesmal sind wir aber selbst Teil dieses Wandels, und wir stehen vor einer langen Liste unbeantworteter Fragen, die sicherlich nicht alle auf den Krieg zurückzuführen sind. Ich habe über den Populismus gesprochen und die Gefahr, die von ihm ausgeht. Ich habe darüber gesprochen, wie der Eurozentrismus uns verleiten könnte, sich eine falsche Vorstellung von unserer Bedeutung und unserer Rolle in der Welt zu machen; und auch darüber, dass es absolut notwendig ist, ein neues

Narrativ unserer eigenen Identität zu schreiben, mit dem die junge Generation an das politische Gebilde Europas als einen großen Raum zur Sicherung und Förderung von Demokratie, Freiheit und gesellschaftlichem Fortschritt herangeführt werden kann.

Am Ende dauerte das Gespräch fast drei Stunden, das zweifelsohne ein würdiger Beitrag zu den Feierlichkeiten am Europatag war, wie sie von den Organisatoren geplant und durch das Kooperationsprogramm unseres Vereins ermöglicht wurden.

Ignasi Guardans

REZENSION

EUROPÄISCHER WELTBÜRGER - JANNIS SAKELLARIOU

„Brichst du auf gen Ithaka, wünsch dir eine lange Fahrt, voller Abenteuer und Erkenntnisse.“
Konstantino Kavafis

Wie seine Landsleute Homer, Perikles und Kavafis war auch Jannis Sakellariou wegen seines universellen Weltverständnisses, das sich in seinem Buch niederschlägt, im ursprünglichen griechischen Sinn des Wortes ein kosmopolitischer Europäer. Der gebürtige Grieche, der von der griechischen Militärdiktatur seiner Staatsangehörigkeit beraubt wurde, nahm die deutsche Staatsbürgerschaft (mit bayerischen Anklängen) an. Er war ein europäischer Bürger, der Spanien im Herzen trug (vor allem Katalonien; nach ihm wurde der Torre del Grec [Turm des Griechen] in Montblanc benannt). Kurzum: Er war ein Weltbürger.

In der Einleitung seines Buchs bringt er zum Ausdruck, dass es sich weder um Memoiren noch um einen Bericht über Heldentaten handelt, und er erklärt den Titel des Buches („Migrationshintergrund“), das er den im Ausland geborenen Personen, die durch Einbürgerung die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben, widmet. Mit gewohnter Offenheit bezeichnet er den Begriff als abwegig und diskriminierend. In der Bundesrepublik Deutschland, die ich in den 1960er-Jahren ebenfalls kennenlernte, herrschte bis zur Staatsangehörigkeitsreform, die von der Regierung des ehemaligen Bundeskanzlers Schröder eingeleitet wurde und mit der das Recht des Bodens [Geburtsortsprinzip] eingeführt wurde, woraufhin Millionen Einwanderern die Staatsangehörigkeit verliehen wurde, das Recht des Blutes „ius sanguinis“ [Abstammungsprinzip] vor. Jannis war ein Pionier, denn er war der erste Vorsitzende der Jusos und gehörte dem Vorstand der SPD in Bayern an, ohne die deutsche Staatsbürgerschaft zu besitzen. Später war er das erste deutsche Mitglied des Europäischen Parlaments mit Migrationshintergrund.

Das Buch trägt den aussagekräftigen Untertitel „Erlebnisse eines Europäers“, der auf unsere gemeinsame politische Geschichte seit 1986 im Europäischen Parlament anspielt. In dieser Zeit und während meiner Präsidentschaft arbeiteten wir gemeinsam an der Überwindung des Kalten Krieges, der Verwirklichung der deutschen Einheit, der Bewältigung der Impllosionen der UdSSR und der blutigsten Auseinandersetzungen in Jugoslawien, des Konflikts im Nahen Osten und des Friedens in Mittelamerika. Im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, dessen Vorsitz ich innehatte, war er der Koordinator der sozialistischen Fraktion. Er war stets effizient und präzise und er hegte einen Stil, der seinen technisch-wissenschaftlichen, universitären Hintergrund widerspiegelte. Seine Erfahrungen

sind Gegenstand zahlreicher Ereignisse und Figuren, die in dem Buch meisterhaft und mit Leichtigkeit beschrieben werden.

Infolge der im Vertrag von Maastricht verankerten Unionsbürgerschaft wurden wir von Rechts wegen zu Europäern, die im Europäischen Parlament aus erster Hand ein kollektives zivilgesellschaftliches ERASMUS über Staatsbürgerschaft und Demokratie miterlebten. In anderen Ländern zu leben und diese kennenzulernen bedeutet – vor allem, wenn man deren Sprachen beherrscht – eine neue Dimension der eigenen Persönlichkeit zu erlangen. Dank seines Wissens und seiner Offenheit gegenüber anderen Kulturen und Traditionen verkörperte Jannis eine solche kosmopolitische Bürgerschaft. Kurz gesagt: ein Leben des Kampfes für ein durch seine Werte geeintes Europa und ein ökumenisches Engagement für Frieden und Demokratie.

Er gehörte auch deshalb der Erasmus-Generation an, weil er sein Leben mit dem von Laura Baeza verband, meiner ersten Assistentin im Europäischen Parlament, die später eine glänzende Karriere bei der Kommission machte, deren Höhepunkt die Berufung zur EU-Botschafterin in Algerien und Tunesien war. Dabei wurde sie stets von Jannis unterstützt. Dank ihr und der bahnbrechenden belgischen Gesetze über Patientenverfügungen hatte ich die Gelegenheit mich nach einem bewegenden Gespräch über unsere gemeinsamen Erfahrungen mit einer brüderlichen Umarmung von ihm zu verabschieden.

Enrique Barón Crespo

„BOOK IT!“, DER BIOGRAFIE VON DINESH DHAMIJA - EIN UNTERNEHMER IN BRÜSSEL

In Dinesh Dhamijas Biografie, „Book It!“ wird der Weg eines Internetpioniers von seinem Kiosk am Londoner U-Bahnhof „Earl’s Court“ bis zu einem Sitz im Europäischen Parlament als MdEP für London, Mitglied der Fraktion Renew Europe und Vorsitzenden der Delegation für die Beziehungen zu Indien nachgezeichnet.

Mit einem Startkapital von 1 500 Pfund, die ihnen ein Freund geliehen hatte, gründeten Dinesh und Tani Dhamija in der Zeit des Internetbooms um die Jahrtausendwende das Unternehmen „Ebookers“, das heute 100 Millionen Pfund wert ist. Es war das erste Unternehmen in Großbritannien, das sich mithilfe des Internets in der ganzen Welt ausbreiten konnte.

In dem Buch wird geschildert, wie Dinesh Dhamija immer wieder auf seine ganz eigene Art geniale Wege gefunden hat, um eine Lösung für neu auftauchende Probleme zu finden. So musste er sich mit einem benachbarten Kiosk eine Toilette teilen, die stets schmutzig war. Seine Lösung bestand darin, den Mietvertrag des Nachbarn zu übernehmen und dort einen Laden für belegte Brote nach dem Geschmack der City zum halben Preis einzurichten, mit dem gewünschten Nebeneffekt, dass die Toilette „von da an sauber war“.

Die ersten Schritte ins Internetgeschäft waren nervenaufreibend: „Jeder Tag schaute ich, wie viele neue Nachrichten es gab, und stellte fest, dass es keine Buchungen reingekommen waren. (...) Zwei, drei Wochen lang tat sich überhaupt nichts, wie ich jeden Tag feststellen musste. Dann plötzlich gab es zwei Buchungen“. Dhamija fährt fort: „Anfangs war ich gegenüber der ganzen Sache sehr skeptisch und dachte, dass Rudi [das Hirn der Geschäftsidee] selbst die Buchungen getätigt hat, um es gut

aussehen zu lassen.“ Aber dem war nicht so, und mit diesen beiden Buchungen begann ein weltweiter Aufstieg, der bis heute in der Reisebranche seinen Widerhall findet.

„Ebookers“ überstand alle Markteinbrüche, sowohl das Platzen der Dotcom-Blase, den weltweiten Rückgang des Tourismus nach den Anschlägen vom 11. September als auch die Turbulenzen infolge des Einmarschs der USA in den Irak. Als das Unternehmen im Jahr 2005 schließlich verkauft wurde, gibt Dhamija offen und ehrlich zu, was ihn damals umtrieb: „Man gehört halt nur einmal zu den Neureichen.“

Auch wenn er sich politisch äußerst, spricht er genauso freimütig, wie er es schon als Geschäftsmann getan hatte. Für ihn war David Camerons Kurswechsel nach rechts nach dem verheerenden Referendum von 2014 ein Weckruf, woraufhin er politisch aktiv geworden ist und sich von einem Unterstützer der Konservativen zu einem Mitglied der Liberaldemokraten wandelte, der sich der Kampagne zum Verbleib seines Landes in der EU anschloss.

Aus seiner Zeit als MdEP weiß Dhamija zu berichten, dass er als Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu Indien beim Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments zu Kaschmir den Standpunkt Indiens und von Premier Narendra Modi unterstützt hat. Damit stieß er in der eigenen Partei auf heftigen Widerstand, und er schildert, wie es ihm dann parteiübergreifend – mit einem Blick nach links und nach rechts – im Stil eines pragmatischen Unternehmers gelungen ist, dem Entschließungsantrag zum Erfolg zu verhelfen.

Im Buch sind immer wieder konkrete und hilfreiche Ratschläge eingestreut, in denen es zum Beispiel um die Beweggründe in Gerichtsverfahren, die hehren Absichten philanthropischen Wirkens und unverblühte Taktiken zur optimalen Nutzung von Vereinen, des Sports und von Mitgliedschaften geht.

Dhamijas Lebensgeschichte, nicht zuletzt in der Politik, ist die eines klassischen Querkopfs. Als Politiker sollten wir uns seine Autobiografie zu Herzen nehmen, insbesondere dann, wenn wir führende Wirtschaftsvertreter mit ins Boot holen, damit sie sich mehr mit der europäischen Agenda beschäftigen.

Das Buch sollte auch eine Pflichtlektüre für Jungunternehmer sein, vor allem für diejenigen, die bestehende Geschäftsmodelle kräftig aufmischen möchten. In Wahrheit braucht es einiges, um als neu gegründetes Unternehmen mit unkonventionellen neuen Ideen erfolgreich zu sein, wobei man jedoch nicht umhinkommt, Dhamija dabei die Daumen zu drücken, und sich wie bei jeder Geschichte von David gegen Goliath zu freuen, wenn er am Ende als Sieger daraus hervorgeht.

Judith Bunting, *ehemaliges MdEP für den Südosten Englands*

SONDERAUSGABE - ENERGIE

ENERGIE UND NUKLEARE APOKALYPSE

Innerhalb kürzester Zeit hat die Menschheit einen Weg gefunden, sich selbst zu zerstören und gleichzeitig alles Leben auf der Erde auszulöschen. Seither ist das Beste, was die Menschheit gefunden hat, um zu verhindern, dass ihre Entdeckung in einer Apokalypse endet, die berüchtigte „MAD“-

Strategie; es handelt sich um einen Ausdruck, der in der englischen Sprache eine doppelte Bedeutung hat: Der Ausdruck stellt sowohl das Akronym für „gegenseitig zugesicherte Zerstörung“ als auch das Wort „MAD“, was übersetzt „verrückt“ bzw. „wahnsinnig“ bedeutet, dar.

Bei der Invasion der Ukraine hat Wladimir Putin in Mariupol Taktiken wiederholt, die er zuvor in Grosny und Aleppo angewandt hat: Dazu gehören, Städte in Schutt und Asche zu legen, Zivilisten wahllos zu töten und Überlebende zur Flucht zu zwingen. Es sei darauf hingewiesen, dass die tschetschenischen Streitkräfte des islamistischen Kadyrow-Clans für das Blutbad in Grosny und Mariupol mobilisiert wurden, während Russland in Aleppo Gruppen einsetzte, die mit der von Teheran kontrollierten Iranischen Revolutionsgarde verbunden waren.

Bei dieser Invasion ist jedoch zum traditionellen Modus Operandi die nukleare Einschüchterung hinzugekommen. Der russische Präsident hat nicht nur lautstark mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht, sondern die ukrainischen Kernkraftwerke auch dazu benutzt, um zu zeigen, wozu er im übrigen Europa in der Lage wäre.

Zu Beginn der Invasion eroberten die russischen Streitkräfte das stillgelegte Kernkraftwerk Tschernobyl, nachdem ein Atommüllendlager beschossen worden war. Nach Angaben der ukrainischen Behörden errichteten sie anschließend ein Munitionslager neben den Kernreaktoren. Einige Tage später eroberten sie das größte Kernkraftwerk Europas in Saporischschja und beschossen es von Panzern aus.

Vor diesem Hintergrund haben die westlichen Eliten alles in ihrer Macht Stehende getan, um ihre Augen vor der Realität zu verschließen. Droht ein Atomkrieg? „Die Amerikaner sollten sich keine Sorgen machen“, sagt der Präsident der Vereinigten Staaten! Eroberung von Tschernobyl? „Es war ein Wegpunkt für Truppen, die in Richtung Kiew vorrückten“, und sie „wollen sicher nicht, dass radioaktives Material in die Umgebung gelangt“ (Auszug aus der Wikipedia-Seite zu diesem Thema). Brand im Kernkraftwerk Saporischschja? Nach Angaben der Internationalen Atomenergie-Organisation waren von dem Brand keine wesentlichen Anlagen betroffen!

Die staatliche Nachrichtenagentur France 24 kam am 4. März im Rahmen der Schlagzeile eines Artikels, in dem sie verschiedene Sachverständigen zitierte, sogar zu dem folgenden Schluss: „Ein russischer Angriff zur Zerstörung von Reaktoren ergibt keinen Sinn“; die Nachrichtenagentur versuchte damit, die implizite Botschaft der russischen Behörden umzukehren: Ein Angriff auf ein europäisches Kernkraftwerk ist ein Szenario, das bei einer Verlängerung des Krieges auf europäischem Boden in Betracht gezogen werden muss!

Schlimmer noch, es wird die Fiktion verbreitet, dass die Kernenergie die Alternative zur Abhängigkeit von russischem Gas sei. Mit anderen Worten: Anstatt ein Handelsabkommen mit Russland zu schließen, sollten wir uns dem Wohlwollen Putins, seiner Verbündeten in Tschetschenien und im Iran sowie aller anderen Tyrannen ausliefern, um einen nuklearen Konflikt zwischen uns zu verhindern. Damit würde Europa nicht weniger, sondern mehr in die Abhängigkeit von despotischen Regimen gebracht werden.

Für die europäische Verteidigung und Sicherheit ist es natürlich wichtig, bei der Versorgung mit lebenswichtigen Materialien nicht von blutrünstigen und skrupellosen Diktatoren abhängig zu sein; es ist auch notwendig, zu verstehen, warum dieses Anliegen in den letzten Jahrzehnten in Vergessenheit

geraten ist, obwohl die Gründe für die Vermeidung einer solchen Abhängigkeit klar waren und es Alternativen gab und gibt.

Noch wichtiger ist es jedoch, darüber nachzudenken, wie die Schwächen der Verteidigung, die durch die Präsenz von Kernkraftwerken verursacht werden, verringert werden können, d. h. wie die bestehenden Anlagen abgeschaltet und neutralisiert werden können und wie der Bau weiterer Anlagen verhindert werden kann.

Die Büchse der Pandora der nuklearen Fiktion zu schließen, wird sich sicherlich als schwieriger erweisen, als sie zu öffnen, und wir werden auf unbestimmte Zeit in einer Gleichgewichtslogik des nuklearen Terrors leben müssen, die passenderweise „MAD“ genannt wird. In diesem Zusammenhang ist eines klar: Es gibt keinen Grund, das Offensichtliche zu leugnen oder in Panik zu verfallen, da dies nur dazu dient, die Despoten davon zu überzeugen, dass Atomwaffen das effektivste Mittel sind, um ihre Ziele zu erreichen.

Diese Episode diene auch dazu, uns zu verdeutlichen, dass wir uns die Realität nicht als einen Schrank mit Schubladen vorstellen können, die sich einzeln analysieren lassen. Es ist nicht möglich, die Verteidigung von der Wirtschaft, der Politik oder der Umwelt zu trennen, so wie es auch nicht möglich ist, die Auswirkungen der Energienutzung auf das Klima von anderen Umweltauswirkungen zu trennen. Es ist notwendig, alles zu berücksichtigen, unabhängig zu denken und darauf zu achten, dass die Interessen einiger weniger nicht die Interessen der vielen übertrumpfen.

Paulo Casaca

EIN ENERGIEEFFIZIENTES EUROPA

Wenngleich uns allen bewusst ist, dass der vom Menschen verursachte Klimawandel die größte Herausforderung für die Menschheit überhaupt darstellt, werden wir den Kipppunkt bald schon überschritten haben. Der von Hunderten von Wissenschaftlern, Klimatologen und Experten für Klimawissenschaft und Energie verfasste Sechste IPCC-Sachstandsbericht formuliert diesbezüglich eine vollkommen klare Aussage: Um eine Klimakatastrophe noch abwenden zu können, müssen die Treibhausgasemissionen bis 2025 ihren Höhepunkt erreicht haben und dann massiv reduziert werden.

Aber noch ist es möglich zu handeln, und wir sollten diesen Weckruf zum Anlass nehmen und alles in unserer Macht Stehende tun, um die Treibhausgasemissionen zu senken.

Der russische Einmarsch in der Ukraine hat eine Energiekrise verschärft, die vorher bereits latent vorhanden war, sich nun aber zu einer explosiven Situation entwickelt hat. Angesichts der Abhängigkeit der EU von Erdgaseinfuhren ergreifen die Mitgliedstaaten nun zu kurzfristige Maßnahmen, während die Antwort nicht darin bestehen kann, sich zur Sicherung der Erdgasversorgung nach anderen unzuverlässigen Partnern umzusehen. Gemäß den Prognosen der Kommission muss der Verbrauch von Erdgas bis 2030 gegenüber 2015 um 30 % gesenkt werden.

Die Lösung kann nicht einfach darin bestehen, die Bürgerinnen und Bürger aufzufordern, ihre Raumtemperatur zu senken, wie die IEA in ihrem Zehn-Punkte-Plan für die EU zur Verringerung der Abhängigkeit von Russland hervorhebt. Schätzungen der IEA zufolge könnte durch das Absenken der Raumtemperatur in Gebäuden um 1 °C die Erdgasnachfrage um etwa 10 Milliarden Kubikmeter Erdgas

pro Jahr verringert werden, es geht hier jedoch nicht um die Anstrengungen der Einzelnen, die kommen und gehen.

Was Europa braucht, ist ein glaubwürdiger, langfristiger Plan, in dessen Mittelpunkt die Energieeffizienz steht.

Bedauerlicherweise muss noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden, damit die politischen Entscheidungsträger erkennen, dass diese und die kommenden Krisen dringend mittels Energieeinsparungen angegangen werden müssen. Der Schwerpunkt liegt nach wie vor stark auf der Angebotsseite, und man hat fast Angst, dieses Problem anzusprechen, weil man befürchtet, dass die Wählerinnen und Wähler den Gedanken, dass sie ihr Verhalten ändern müssen, nicht gutheißen würden, da dies ihre Lebensqualität verschlechtern würde: Das Gegenteil trifft jedoch zu: Indem man auf Energieeffizienz einwirkt, hat man einen direkten Einfluss auf den Energieverbrauch und damit auf die Rechnungen.

Wenngleich Einigkeit darüber besteht, dass wir uns auf die Energieeffizienz konzentrieren müssen, scheinen viele zurückzuschrecken, wenn es darum geht, dies in die Tat umzusetzen. Der Übergang zu einem Energiesystem mit Netto-Null-Emissionen ist ohne wesentliche Energieeinsparungen in der Industrie, im Verkehr und insbesondere in der Bauwirtschaft nicht möglich.

Die EU-Organe verhandeln derzeit über das Paket „Fit für 55“. Die Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie ist von entscheidender Bedeutung für die Förderung von Energieeinsparungen, die im Vergleich zur Entwicklung der erneuerbaren Energiequellen zurückgeblieben sind. Die Kommission hat einen Vorschlag vorgelegt, der eine Anhebung des gegenwärtigen Energieeffizienzziels für 2030 von 32,5 % auf eine Reduzierung des Primärenergieverbrauchs um 39 % und des Endenergieverbrauchs um 36 % bis 2030 vorsieht. Die Verhandlungsführer im Europäischen Parlament scheinen ehrgeiziger zu sein und schlagen ein verbindliches Ziel für die Reduzierung des Primärenergieverbrauchs um 45,5 % vor, ein Vorschlag, der von der Kommission begrüßt wird, die derzeit das Energieeinsparpotenzial bis 2030 neu bewertet. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, den die Mitgliedstaaten anerkennen müssen.

Im Dezember 2021 legte die Kommission ferner einen Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden vor, um die Renovierungsrate des alten und ineffizienten Gebäudebestands in Europa zu vervielfachen. Auf Gebäude entfallen 40 % des Gesamtenergieverbrauchs der EU, und der Energieverbrauch für die Beheizung von Gebäuden hängt immer noch stark von fossilen Brennstoffen wie Erdgas ab.

Energieeffizienz und Elektrifizierung sind die beiden Haupttriebkkräfte für eine nachhaltige Bauwirtschaft. Gemäß einer aktuellen Studie von Cambridge Econometrics könnte in Europa durch eine Welle klimafreundlicher Renovierungen und den Einsatz von Wärmepumpen in Privathaushalten bis 2030 das Äquivalent eines Viertels der derzeitigen russischen Erdgasimporte eingespart werden, was die Abhängigkeit Europas von volatilen Erdgasimporten deutlich verringern und die Energiesicherheit in Europa erhöhen würde. Infolgedessen dürften die jährlichen Ausgaben für Erdgasimporte innerhalb eines Jahrzehnts um 15 Milliarden Euro und bis 2050 um 43 Milliarden Euro sinken.

Für Energieeffizienzmaßnahmen sind politische Entscheidungen, Investitionen, Zielstrebigkeit und ein klares Bewusstsein für die Dringlichkeit des Handelns erforderlich: Wir müssen die Energienachfrage

senken und gleichzeitig die Energienutzung optimieren, um die Einbeziehung erneuerbarer Energiequellen zu beschleunigen und wir dürfen nicht weiterhin Energie erzeugen, die wir nicht brauchen, noch dazu aus fossilen Brennstoffen.

Monica Frassoni, *Vorsitzende European Alliance to Save Energy (EU-ASE)*

DER MUT ZUR WAHRHEIT BEI DER ENERGIEFRAGE

Die Geschichte der Menschheit ist eine lange Suche nach Energie. Von der Beherrschung des Feuers bis zur Kernspaltung oder künftig der Kernfusion hat der Mensch stets neue Energiequellen genutzt. Dadurch hat der Mensch die Umwelt verändert.

Die Sensibilisierung für die Auswirkungen menschlicher Aktivitäten auf das Klima hat die internationale Gemeinschaft schließlich bewogen, die Treibhausgasemissionen zu verringern. Dies gilt insbesondere für CO₂, das durch die Nutzung fossiler Energieträger entsteht.

Der vorherrschende Diskurs dreht sich derzeit um „sanfte Energie“ und „erneuerbare Energie“. Es liegt auf der Hand, dass die Wasserkraft, die Windkraft und vor allem die stets verfügbare Sonnenenergie stärker genutzt werden sollten.

Leider sind alle diese Energiequellen nicht ohne Probleme. Der Bau neuer Staudämme stößt auf den Widerstand der Naturschützer. Windkraftanlagen werden von den Anwohnern nicht immer akzeptiert, da sie die Landschaft verunstalten. Photovoltaikanlagen stören da weniger, aber ihre Leistung ist sehr wechselhaft. Vor allem in den Ländern Nord- und Mitteleuropas ist dies der Fall, wo die Sonne rund 2 000 Stunden pro Jahr scheint, wobei das Jahr jedoch 8 760 Stunden hat. Daher fehlt es vor allem im Winter, wenn es kalt ist und die Nächte lang sind, an dringend benötigter Sonnenenergie. Dies gilt umso mehr, als das Problem der Speicherung von Energie aus erneuerbaren Quellen noch lange nicht gelöst ist.

Da bei der Stromversorgung jederzeit eine sich ändernde Nachfrage bewältigt werden muss, kann kein Netz nur mit wechselhaften Energiequellen wie Solarenergie oder Windkraftanlagen betrieben werden. Die Wasserkraft wird auch in Zukunft von der Speicherkapazität von Staudämmen und anderen Wasserreservoirs abhängen.

Um bei plötzlich steigender Nachfrage jederzeit zusätzliche Energie bereitstellen zu können, sind Wärmekraftwerke unersetzlich. Letztere werden mit Heizöl, Kohle oder Gas betrieben, was also mit Kohlendioxidemissionen verbunden ist. Dies läuft dem Ziel einer Verringerung der Treibhausgasemissionen zuwider.

Die einzige andere mögliche Stütze ist die Kernkraft, bei der es praktisch zu keinen Kohlendioxidemissionen kommt. Seit Tschernobyl und Fukushima begegnet man der Atomenergie jedoch nach wie vor mit Misstrauen.

Bereits vor Putins Überfall auf die Ukraine hatten immer mehr Länder erkannt, dass eine steigende Nachfrage nach Stromenergie allein durch erneuerbare Energiequellen nicht gedeckt werden kann.

Es gibt eine Diskrepanz zwischen ökologischem Ehrgeiz und der Realität im Energiebereich. So hatte Deutschland nach Fukushima beschlossen, aus der Kernenergie auszusteigen. Seitdem sind die CO₂-Emissionen dort gestiegen. Die enormen Anstrengungen im Bereich der Solar- und Windenergie

machen die Erhaltung von Kohle- und Gaskraftwerken erforderlich, um die Schwankungen der sogenannten weichen Energiequellen ausgleichen zu können.

Frankreich hat ebenfalls festgestellt, dass es nicht damit getan ist, per Gesetz einen Atomausstieg anzuordnen. Vor die Wahl gestellt, Kernkraftwerke bis 2025 stillzulegen und deshalb neue Kohlekraftwerke in Betrieb nehmen zu müssen, um den Energiebedarf Frankreichs zu decken, hat sich Nicolas Hulot, der grünste aller bisherigen französischen Minister, am Ende der Realität gebeugt. Er sagte schließlich zu, den Anteil der Kernenergie an der französischen Stromversorgung bis 2030 oder bis spätestens 2035 auf 50 % zu senken.

Präsident Macron hat vor kurzem allen Träumen eines Atomausstiegs ein Ende bereitet. Er schlägt vielmehr vor, in neue Kraftwerke zu investieren, damit die französische Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt und gleichzeitig die CO₂-Emissionen in Frankreich gesenkt werden können. Sie sind bereits deutlich niedriger als in Deutschland, das im Bereich der erneuerbaren Energien führend ist.

„Die Fakten sind stur“ sagte schon mal ein gewisser Lenin, denn es reicht einfach nicht aus, sich vermeintlich hehre Ziele zu setzen. Wir brauchen den Mut zur Wahrheit. Die Dekarbonisierung wird viel länger dauern, als es einige Ideologen wahrhaben wollen. Man muss vernünftig bleiben und darf nicht alles einer grünen Modeerscheinung unterordnen. So muss auch beim Elektroauto noch vieles verbessert werden, insbesondere im Bereich der Batterien, bevor es in Bezug auf die Emissionen wirklich beispielhaft werden kann.

Die Politik muss technologieneutral sein, um neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu ermöglichen. Im Übrigen ist es die Industrie, die bei der Energieeinsparung und der Energieeffizienz führend ist. Es sind die Industriellen und nicht die Ideologen, die den Kampf um eine bessere Umwelt gewinnen werden.

Robert Goebbels

RICHTUNGEN DER ENERGIEENTWICKLUNG IN EUROPA

Im Rahmen des Übereinkommens von Paris sind alle europäischen Länder verpflichtet, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Zu diesem Zweck müssen die Treibhausgasemissionen so bald wie möglich verringert werden.

Darüber hinaus besteht in jüngster Zeit die Notwendigkeit, dass die europäischen Länder von konventionellen Quellen, d. h. Erdöl und Erdgas aus Russland oder China, unabhängig werden. Der Krieg im Osten Europas hat gezeigt, wie instabil diese Quellen sind. Aus diesem Grund bieten nur gemeinsame Maßnahmen aller europäischen Länder Möglichkeiten zur Entwicklung neuer Technologien, und nur so lässt sich der Strom- und Wärmebedarf unserer Heimatländer bewältigen.

Bei der Festlegung der Ziele müssen die geografischen Gegebenheiten und die technologischen Möglichkeiten der einzelnen Länder berücksichtigt werden. In erster Linie sollten wir alle den Anteil der erneuerbaren Energie an den nationalen Bilanzen erhöhen.

Die Windenergie ist eines der am schnellsten wachsenden Segmente erneuerbarer Energie. Diese Energie kann durch die Errichtung von Windparks an Land und auf See gewonnen werden. Für Offshore-Windparks müssen Standorte in der Ost- und Nordsee genutzt werden. Beim Bau von Offshore-Parks in diesen Gebieten muss dem Verlauf der Schifffahrtstrassen und den Flugrouten der

Vögel Rechnung getragen werden, außerdem müssen um jedes Bauwerk 100 Meter breite Sicherheitszonen angelegt werden. Wichtig ist auch, Grundsätze für die Fischerei in diesen Gebieten einzuführen. Der Bau einer beträchtlichen Anzahl von Offshore-Windkraftanlagen erfordert den Bau von mehr Stromübertragungsleitungen an Land. Bei der Errichtung von Windparks an Land müssen sowohl der Energiebedarf als auch die Stadtentwicklung der Gebiete, in denen sie liegen, berücksichtigt werden.

Um Klimaneutralität zu erreichen, bedarf es der Entwicklung von Photovoltaikpaneelen zur Nutzung von Sonnenenergie. Eine Politik der maximalen Nutzung des Potenzials von Fotovoltaikzellen im Bauwesen (Bau emissionsfreier Gebäude) und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen bei der Entwicklung des Verkehrswesens wird dazu beitragen, die CO₂-Emissionen in der gesamten Europäischen Union zu verringern.

Die Kernenergie ist künftig und auch jetzt die größte emissionsarme Stromquelle. Die Entwicklung von Energie aus erneuerbaren Energiequellen sollte die Entwicklung der Kernenergie ergänzen und nicht mit ihr im Wettbewerb stehen. Erneuerbare Energiequellen und Kernenergie bilden einen Mix nachhaltiger Entwicklung. Wind- und Solarenergiequellen sind sehr wetterabhängig und schwankungsanfällig. Wind- und Solarenergiequellen reichen zur Senkung der CO₂-Emissionen nicht aus. In der Vergangenheit traten Zeiträume gleichzeitiger Windstille auf See (Meeresflaute) und an Land auf. Kernkraftwerke arbeiten in einem System bedarfsabhängiger Laststeuerung. Sie können ihre Leistung sehr schnell ändern. Für Kernkraftwerke treten auch keine Schwankungen auf den Rohstoffmärkten auf, denen Steinkohle-, Braunkohle-, Öl- und Gaskraftwerke ausgesetzt sind. Kernbrennstoff kann leicht mehrere Jahre lang gelagert werden.

Die Kernenergie im Land und weltweit nutzt hauptsächlich

- Großreaktoren der III. Generation (ausgereift und technisch funktionsfähig)
- kleine modulare Reaktoren
- Technologien der IV. Generation.

Der Bau von Großreaktoren wird seit etwa 70 Jahren betrieben und hat sich bewährt. Es handelt sich um eine kosteneffiziente Technologie, die jedoch aufgrund der Größe der Reaktoren häufig öffentlichen Widerstand hervorruft. Bei kleinen modularen Reaktoren können lokale Vorräte betrieben werden, was einen begrenzten Bodenbedarf (geringere Investitionen) mit sich bringt. Der größte Mangel dieser Technologien ist der Mangel an Tests im realen Betrieb und eine höhere Materialintensität. Sie befinden sich nach wie vor in einer Prototypphase. Es handelt sich um eine typische dezentrale Energie, deren Entwicklung die Zukunft ist. Die Einführung neuer Technologien der IV. Generation ist sicherer und gleichzeitig schneller zu errichten. Bei dieser Kernenergie entstehen weniger Abfälle, und die erzeugte Wärme wird in erster Linie von der Industrie genutzt.

Die Wasserkraft kann in Ländern mit hohem Wasserkraftpotenzial, d. h. Norwegen, Albanien oder der Schweiz, immer stärker ausgebaut werden. Die natürlichen Gegebenheiten dieser Länder ermöglichen eine Weiterentwicklung von Pumpspeicherkraftwerken. Pumpspeicherkraftwerke sind keine Energiequelle, sondern Energiespeicher.

Ein Problem Europas, das kurzfristig gelöst werden muss, sind die Energiespeicherung und die Energieübertragung zwischen den Ländern. Um autark zu sein, muss Europa die Entwicklung der wetterabhängigen Energien mit den Nukleartechnologien verknüpfen. Ein wesentliches Element der

Entwicklungspläne ist die Notwendigkeit, Stromspeicheranlagen zu bauen, bei denen Technologien eingesetzt werden, die auf der Umwandlung elektrischer Energie in andere Energiearten beruhen: Wärme oder Strom.

Es muss eine beträchtliche Anzahl an Wärmespeichern oder Großbatterien gebaut werden, die es ermöglichen, Energie zu speichern und bei Spitzenlastbedingungen zu nutzen. Ebenso sollte die Forschung zur Energiespeicherung in Form von Wasserstoff oder Uran verstärkt werden. Die Entwicklung unterschiedlicher Energiespeichertechniken wird es ermöglichen, Energie effizient zu nutzen und die Stabilität auf dem europäischen Markt zu erhöhen. Sie bietet auch Möglichkeiten, Energie von fossilen Brennstoffen abzukoppeln. Selbst die besten Energiequellen können den Bedarf nicht decken, wenn nicht grenzüberschreitende Verbindungen bestehen, die es ermöglichen, Energie in Nachbarländer auszuführen oder in Zeiten maximaler Engpässe einzuführen.

Daher ist es wichtig, zusammen mit der Entwicklung der Energiespeicherung auf den Ausbau der Netzverbindungen in der gesamten Europäischen Union zu setzen. Dieses Element ist für die energiewirtschaftliche Unabhängigkeit Europas unerlässlich.

Eine Stabilisierung der Energieversorgung lässt sich erreichen, indem die erneuerbaren Energiequellen durch die Kernenergie in der Version von Kernreaktoren oder dezentraler Energie ergänzt werden.

Durch die bisherigen Maßnahmen und Vorschriften wird Energie aus konventionellen Quellen eingefroren. Ist das in einer Zeit diverser externer Bedrohungen ein rationales Vorgehen? Diese Frage lässt sich nur anhand einer Analyse der bisherigen Forschungstätigkeiten zu neuen Technologien beantworten. Nur wenn neue Technologien entwickelt werden, bei denen Treibhausgase einschließlich CO₂ genutzt werden, werden wir wieder zu Kohle, Öl oder Gas zurückkehren können.

Jolabna Hibner

NEUE WASSERSTOFF-GESCHÄFTSMODELLE. HOFFNUNGSTRÄGER WASSERSTOFF – WARUM JETZT?

In der Vergangenheit gab es bereits mehrfach Momente enthusiastischer Aufbruchsstimmung rund um die Wasserstoffwirtschaft, der Durchbruch aber blieb aus. Das wachsende Interesse in den letzten zwei bis drei Jahren an Wasserstoff als Energieträger der Zukunft ist diesmal jedoch offenbar anders. Was hat sich geändert?

Zunächst einmal macht das Streben nach Netto-Null Maßnahmen erforderlich, die über eine Dekarbonisierung des Elektrizitätssektors hinausgehen.

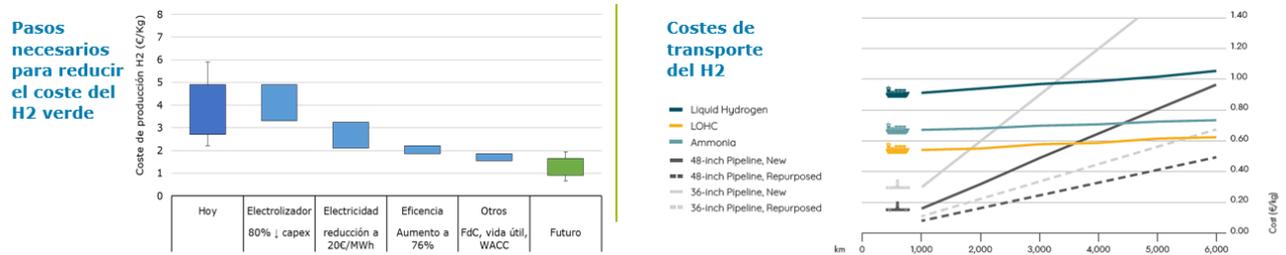
Die Umstellung muss auch auf schwer zu dekarbonisierende Sektoren wie die Industrie und den Fernverkehr ausgedehnt werden. In diesen Bereichen wird dem Wasserstoff eine sehr wichtige Rolle zukommen.

Um Netto-Null zu erreichen, wird die direkte Elektrifizierung zunehmen, wobei davon auszugehen ist, dass sie im Jahr 2050 die Hälfte der Nachfrage ausmachen könnte (Spanien 52 %, EU 45–50 %).

Angesichts der deutlich sinkenden Kosten für Stromerzeugung aus Windenergie an Land und Photovoltaik (dank des technischen Fortschritts und einer effizienteren Marktstruktur, z. B. durch

Vergaben im Preiswettbewerb) haben sich die wirtschaftlichen Aussichten für die Erzeugung von grünem Wasserstoff verbessert.

Die durchschnittlichen Kosten für Strom aus Photovoltaik-Großanlagen (PV) sind zwischen 2010 und 2020 weltweit um 85 % gesunken (IRENA, 2021).



Das hervorragende Wind- und Solarangebot in einigen Teilen Europas bietet Potential für eine grüne Wasserstoffherzeugung, was unsere Abhängigkeit von Energieimporten verringert.

Dieser Prozess wird sich durch den derzeitigen Krieg in der Ukraine beschleunigen, und viele Industriezweige werden sich im Energiebereich um Unabhängigkeit bemühen, indem sie erneuerbaren Strom mit Wasserstoff kombinieren.

Dank guter Speichermöglichkeiten und der Widerstandsfähigkeit der Gasleitungsnetze lässt sich durch erneuerbare Gase die Versorgungssicherheit erhöhen. Durch ihre Nutzung kann das Potential der erneuerbaren Energien in Europa erschlossen und eine Exportindustrie aufgebaut werden.

Im Rahmen der Energiewende setzen die Länder deutlich zunehmend auf eine verstärkte Nutzung von Wasserstoff als wichtigen Energieträger mit geringem CO₂-Ausstoß. Sollte bei der Energiewende auf eine aktive Rolle von Wasserstoff verzichtet werden, könnten die Kosten der Dekarbonisierung steigen und von weniger bewährten Technologien abhängen.

Für einen massiven Ausbau von Wasserstoff in Europa wird die Entwicklung transnationaler Netze erforderlich sein. Jeder industrielle Prozess erfordert eine sichere Energieversorgung.

Um bei der Wasserstoffherzeugung und -nutzung ein ausreichendes Maß zu erreichen und größenbedingte Kosteneinsparungen zu ermöglichen, muss die Entwicklung von Großprojekten vorangetrieben werden.

Der wachsende Wettbewerb zwischen den Erzeugern wird darüber hinaus zu einem liquideren Markt mit transparenten Preisen sowie zu weniger gebundenen Verbrauchern führen, die an kleine Gruppennetze angeschlossen sind.

Ein europaweites Netz wird außerdem die Verbindung von Gebieten mit hervorragendem Wind- und Solarangebot mit verfügbarem Land für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien herstellen und so wettbewerbsfähigen grünen Wasserstoff ermöglichen.

Betrachtet man die derzeitigen Gasfernleitungsnetze in Europa, so könnte mehr als die Hälfte unseres Netzes in ein Wasserstoff-Backbone-Netz umgewandelt werden, und zwar zu 80 % durch die Umrüstung bestehender Leitungen, was wesentlich kostengünstiger ist als der Bau neuer Leitungsnetze oder der Seetransport.

In Schätzungen wird davon ausgegangen, dass die durchschnittlichen Kosten für das Wasserstoff-Backbone-Netz bei 0,11 bis 0,21 EUR/kg/1 000 km liegen und damit den Transport per Schiff für Strecken innerhalb Europas übersteigen.

Die Vorschläge der Kommission von Dezember machen deutlich, dass es in Zukunft einen Wasserstoffnetzbetreiber geben wird. In dem Programmpaket sind die wichtigsten regulatorischen Grundsätze festgelegt.

- Der Betrieb der Wasserstoffnetze wird von der Wasserstoffherzeugung getrennt, um vertikal integrierte Strukturen zu vermeiden.
- Die Wasserstoffnetze werden für Dritte offen stehen, um den Wettbewerb und gleiche Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen.
- Ein gemeinsamer Betrieb von Wasserstoff- und Gasnetzen ist zulässig, allerdings muss der Betrieb des Wasserstoffnetzes in einer separaten Rechtsperson organisiert werden.

Aus den Vorschlägen geht außerdem deutlich hervor, dass langfristig ein zusammenhängender europäischer Markt vorgesehen ist. Dies beinhaltet die Abschaffung der grenzüberschreitenden Tarife für erneuerbare und CO₂-arme Gase.

Des Weiteren soll eine neue Leitungsstruktur in Form des Europäischen Netzwerks der Wasserstoffnetzbetreiber (ENNOH) geschaffen werden, um eine spezielle Wasserstoffinfrastruktur, eine grenzüberschreitende Koordinierung und die Entwicklung technischer Standards zu fördern.

Schlussfolgerungen:

Die Voraussetzungen dafür, dass Wasserstoff beim Übergang in eine dekarbonisierte Wirtschaft eine wichtige Rolle übernimmt, sind gegeben.

Die Entwicklung von untereinander verbundenen Wasserstoffnetzen auf europäischer Ebene bietet eine größere Versorgungssicherheit, mehr Wettbewerbsfähigkeit und eine breitere Verfügbarkeit von CO₂-armem und erneuerbarem Wasserstoff. Die Umrüstung unserer bestehenden Gasinfrastruktur sollte im künftigen Netz eine zentrale Rolle spielen.

Marcelino Oreja

ENERGIE – GEWÄHRLEISTUNG DER VERSORGUNGSSICHERHEIT

Energie ist das Herzstück der Entwicklung, und der Energiebedarf, insbesondere der Strombedarf, steigt trotz zunehmender Energieeinsparungen und Energieeffizienz. Strom kann nicht gespeichert werden, und dies erfordert eine ausreichende Verfügbarkeit von Anlagen zur Stromerzeugung und von Stromnetzen.

Die Energiepolitik der Europäischen Union beruht im Wesentlichen auf drei Säulen: Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Umweltschutz.

Man darf nicht vergessen, dass Erdöl und Erdgas bis 2050 weiterhin mit über 70 % ihres derzeitigen Anteils oder mehr zur Stromerzeugung beitragen werden und dass die USA, China, Japan, Deutschland, Polen und viele andere Ländern bei mehr als 40 % ihrer Stromerzeugung auf Kohle zurückgreifen.

Es sollte auch auf die aktuellen Anforderungen hingewiesen werden, die sich aus den geplanten Maßnahmen zur Begrenzung der Erderwärmung für den gesamten Energiesektor ergeben, wobei das Potenzial des derzeit zu beobachtenden Klimawandels zu berücksichtigen ist.

STROMENERGIE

Im Energiesektor sticht die Elektrizitätswirtschaft in all ihren Bereichen hervor: Erzeugung, Übertragung, Verteilung und Verbrauch mit starkem Einfluss der wirtschaftlichen Maßnahmen, Einführung kostspieliger Technologien ohne vollständige Entwicklung (z. B. Speicherung von Energie aus erneuerbaren Quellen), Subventionen, Steuern, sowie Aufschläge und sonstige Zuschläge, die zu sehr hohen Kosten für die Stromversorgung führen.

Von allen Forderungen, die die Gesellschaft an die Energieversorgung stellt, werde ich nur auf die Versorgungssicherheit eingehen, die der wichtigste Faktor ist.

Bis vor einigen Jahren erfolgte die Stromerzeugung durch synchrone Generatoren, die Umwandlung mithilfe von Hochleistungstransformatoren und der Transport über Hochspannungsleitungen. Anschließend wird der Strom in Niederspannung umgewandelt, so dass der Endnutzer auf ihn zugreifen kann. Der gesamte Prozess findet mit Wechselstrom statt.

All dies setzt voraus, dass sich Stromerzeugung und Stromverbrauch in einem ständigen Gleichgewicht befinden.

Es handelt sich um Strom in Wellenform, und bedient sich elektromagnetischer Felder. Dies ist reine Physik und Mathematik.

Wenn wir rotierende Maschinen und Generatoren verwenden, werden die Wellen erzeugt, wobei es einmal die aktive, nutzbare Energie gibt, und zum anderen die reaktive oder Magnetisierungsenergie, die erforderlich ist, um die wechselnden Magnetfelder, auf denen der Generator beruht, aufbauen und aufrechterhalten zu können.

Bei erneuerbaren Energiequellen – mit Ausnahme von Wasserkraft – wird Gleichstrom mit Wechselrichtern erzeugt, wobei es aber schwierig ist, das notwendige Strom-Frequenz-Verhältnis in den Netzen aufrechtzuerhalten, sodass der Netzbetreiber zahlreiche – primäre, sekundäre und tertiäre – Einstellungsmaßnahmen durchführen und immer komplizierte Anpassungen vornehmen muss

STROMNETZE

In den Netzen, das heißt den Hochspannungsleitungen, sind folgende Aspekte von wesentlicher Bedeutung:

- die Qualität der Welle
- die Einstellung der Frequenz und der Leistung
- und die Gewährleistung der Versorgungssicherheit.

Ein Jahr hat 8 760 Stunden. Der durchschnittliche Betrieb von Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen liegt zwischen 1 800 und 2 500 Stunden. In einem für die Nutzung der Wasserenergie günstigen Jahr kommt man auf 3 000 Stunden/Jahr.

Schätzungen zufolge wird im Jahr 2050 der Strom zur Hälfte aus herkömmlichen und zur Hälfte aus erneuerbaren Energiequellen stammen, wobei mehr Pumpen eingesetzt werden müssen, damit es nicht zu Stromausfällen kommt.

Es ist sehr wichtig, zwischen Strombedarf und Energiebedarf zu unterscheiden.

GEWÄHRLEISTUNG DER VERSORGUNG

In der derzeitigen Situation unserer komplexen Elektrizitätssysteme, bei denen die Einspeisung von Energie aus erneuerbaren Quellen in das System sehr schwierig ist, ist der entscheidende Aspekt die Versorgungssicherheit.

Ein System, bei dem sich die Stromerzeugung zum größten Teil auf die Kernenergie, fossile Energieträger und Wasserkraft stützt, ist im Wesentlichen stabil. Im Gegenteil dazu sind Systeme, in denen Stromerzeugung aus Windkraft bzw. Erdgas in kombinierten Zyklen überwiegt, viel weniger in der Lage, auf Schocks jeder Art zu reagieren, und diese sind daher strukturell gesehen weniger stabil.

Die feste Energiereserve solcher Systeme muss mindestens 10 % betragen.

KOSTEN

Energie ist extrem teuer, was zu 25 % vor allem auf Steuern und sonstigen Subventionen für erneuerbare Energiequellen sowie auf andere Zuschläge und Hilfen zurückzuführen ist. Der Preis besteht zur Hälfte aus Steuern und Subventionen.

Heute ist das Stromgeschäft in Wahrheit ein Finanzgeschäft.

Wir können nicht Preise beibehalten, die ungerechtfertigt, unbezahlbar und für die Industrie und andere Verbraucher ruinös sind.

María Teresa Estevan Bolea